



Kanton St. Gallen

Parteiprogramm der BDP des Kantons St. Gallen (BDP SG)

Die Programmpunkte sind nach Kapiteln alphabetisch geordnet. Die Reihenfolge ist daher wertfrei und folgt keiner Gewichtung.

Die Liste der Themen und deren Behandlung ist nicht abschliessend, zu aktuellen Themen werden wir aktuelle Antworten geben.

Ausländerpolitik

- *Wir sind für eine Ausländerpolitik im Sinne der humanitären Tradition der Schweiz. Wir fordern von Zuwanderern den aktiven Willen zur Integration und – wo sinnvoll – das Lernen der regional gesprochenen Landessprache.*
- *Wir stehen zur Glaubens- und Gewissensfreiheit und verlangen von den Zuwanderern die Anerkennung unseres Rechtsstaates.*
- *Wir fordern eine konsequente Bestrafung von ausländischen Straftätern, wehren uns aber gegen eine generelle Kriminalisierung.*

Die Steuerung der Zuwanderung muss sich primär auf die Bedürfnisse des Arbeitsmarktes ausrichten. Vor allem qualifizierte Arbeitskräfte, auf die die Wirtschaft angewiesen ist, sind willkommen.

Bei der Asylpolitik ist der Missbrauch streng zu ahnden. Dabei darf nicht vor einschneidenden Massnahmen zurückgeschreckt werden. Das Recht auf Asyl soll durch konsequente Missbrauchsbekämpfung gestärkt werden. Politisch verfolgten Menschen soll die Schweiz Schutz bieten. Unser Land muss im Bereich der Asylpolitik eng mit den Nachbarstaaten der Europäischen Union zusammenarbeiten.

Die Glaubens- und Gewissensfreiheit ist ein wichtiges, in der Bundesverfassung verankertes Grundrecht. Fremde Kulturen und Religionen tragen zur Vielfalt unseres Landes bei. Wir respektieren Werte wie Religionsfreiheit und den Ausdruck fremder Kulturen, solange sie sich nicht gegen bestehende Gesetze, Normen und Umgangsformen richten, wie sie in der Schweiz etabliert sind.

Integrationsmassnahmen sind vom Staat durchzusetzen. Von den Einwanderern muss ein aktives Bemühen um Integration eingefordert werden. Das Erlernen einer regionalen Landessprache und die Anerkennung unseres Rechtsstaates sind die wichtigsten Bedingungen, um sich in unserem Land niederzulassen. Wir unterstützen auch zeitlich befristete Freiwilligenarbeit von Asylsuchenden, etwa im Gemeinwesen.

Wer sich nicht integrieren will, hat bei uns kein Gastrecht. Wir fordern einen konsequenten Umgang mit ausländischen Straftätern, wehren uns aber gegen eine generelle Kriminalisierung.

Aussenpolitik

- *Wir unterstützen den bilateralen Weg der Schweiz mit der EU und befürworten die Personenfreizügigkeit, sind aber gegen einen EU-Beitritt zum jetzigen Zeitpunkt.*
- *Wir möchten als Grenzkanton konstruktive Beziehungen mit unseren Anrainern über Kantons- und Landesgrenzen hinaus unterhalten.*

Die BDP SG ist gegen einen EU-Beitritt zum jetzigen Zeitpunkt und steht klar hinter der Fortführung des bilateralen Weges, der uns die Möglichkeit gibt, eine konstruktive Aussenpolitik mit der EU zu betreiben, von der letztlich unsere Wirtschaft profitiert und die Wohlstand und Arbeit in unserem Land fördert. Wir wollen einen pragmatischen, gradlinigen Weg finden, uns mit unseren europäischen Nachbarn zu arrangieren, zum Wohle unserer Wirtschaft und unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger.

Auf nationaler Ebene wollen wir unseren Ruf und unser Ansehen im Ausland fördern. Wir tun dies als Mitglied verschiedener internationaler Organisationen und als neutrales Land bei Konflikten, sofern wir um Hilfe angefragt werden. Wir sind ein neutrales Land und verhalten uns als solches, und gerade deswegen entziehen wir uns nicht internationaler Verpflichtungen.

Im Kanton setzt sich die BDP SG für eine Politik über die Kantons- und Landesgrenzen hinweg ein. Gerade als Anrainerregion des Bodensees wollen wir auch mit den befreundeten Bundesländern Deutschland und Österreichs zusammenarbeiten, um die Bodenseeregion als Ganzes voranzubringen. Auch mit den benachbarten Kantonen pflegen wir wie bis anhin engen Kontakt. Wirtschaft und Gesellschaft können durch gute Beziehungen und einfache Wege ins Ausland von der Grenznähe profitieren. Das gilt für sehr viele Bereiche, von einer Zusammenarbeit in Verkehrsfragen, Umweltschutz bis hin zu Themen wie Bildung oder kantons- und länderübergreifende Spitalplanung und Gesundheitsversorgung.

Energie, Umwelt und Verkehr

- *Wir fordern die Reduktion des CO-Ausstosses und anerkennen die Atomkraft als wichtige Ergänzung zur Versorgung mit alternativen Energieformen.*
- *Den Klimawandel wollen wir mit nachhaltigen Massnahmen bremsen.*
- *Massnahmen zugunsten des Umweltschutzes müssen Chancen für Bürger und Wirtschaft bieten.*

- *Wir fördern den Ausbau des öffentlichen Verkehrs und die Harmonisierung mit dem Privatverkehr.*

Energie und Versorgung

Die BDP SG fordert eine langfristig ausgelegte und umweltverträgliche Energiepolitik. Dazu sind alternative Energien zu fördern, um nicht mittel- und langfristig in eine Abhängigkeit von nicht erneuerbaren Ressourcen zu geraten. Der Ausstoss an CO₂ durch die Energiegewinnung soll in Zukunft stark reduziert werden mit dem Ziel, den Bedarf an Elektrizität CO₂-frei zu decken. Der Import von Strom aus nicht erneuerbaren Ressourcen ist nach Möglichkeit zu vermeiden. Die Atomkraft stellt dabei auch langfristig einen unverzichtbaren Teil unserer Energieversorgung dar und ergänzt alternative und moderne Formen der Elektrizitätsgewinnung durch die notwendige Versorgungssicherheit und Unabhängigkeit. Eine sichere Endlagerung im eigenen Land muss sichergestellt werden.

Wir fördern bei Neubauten im öffentlichen und privaten Bereich die bewusste Berücksichtigung moderner Techniken wie der Minergiebauweise und anderer zukunftsweisenden Technologien.

Umwelt

Die BDP SG setzt sich für einen nachhaltigen Umweltschutz ein. Wir anerkennen den vom Menschen verursachten Klimawandel und sehen direkten Handlungsbedarf – die Massnahmen müssen jedoch auch Chancen für Schweizer Unternehmen bieten und weder Wirtschaft noch Privatpersonen unnötig belasten. Anreizsysteme und Massnahmen sind nach dem Verursacherprinzip anzuwenden und gegenüber Verboten zu bevorzugen. Die BDP SG ist gegen eine Erhöhung von Steuern und Abgaben auf Treibstoffen, kann sich eine verbrauchs- und schadstoffabhängige Besteuerung von Verbrauchern aber durchaus vorstellen.

Der Bodensee ist Wasserreservoir, Naherholungsressort und Tourismusmagnet Gleichermassen. Der gesamten Region ist deshalb – auch in Zusammenarbeit mit unseren Nachbarn – nachhaltig Sorge zu tragen.

Verkehr

Öffentlicher und privater Verkehr ergänzen sich. Der öffentliche Verkehr ist auf die Bedürfnisse der häufigsten Nutzer auszurichten und soll Pendlern, Schülern, Betagten und Behinderten sowie nicht motorisierten Personen einen verlässlichen Service bieten, der den Privatverkehr weitgehend ersetzen kann. Für Nachtschwärmer muss ein praxisgerechtes und kostengünstiges Angebot zur Verfügung stehen und so die Alternative zum Auto darstellen.

Im Kanton St.Gallen wollen wir uns dafür einsetzen, dass neben den Hauptachsen und Knotenpunkten auch der Anbindung von Nebenlinien und Busangeboten an die wichtigen Verbindungen Beachtung geschenkt wird. Einfache und günstige Preisstrukturen erleichtern den Entscheid für den öffentlichen Verkehr. Deshalb muss der Tarifverbund Ostwind als gemeinsamer Auftritt des ostschweizerischen öV weiter ausgebaut und gefördert werden.

Das St.Galler Verkehrsnetz muss an Engpässen ausgebaut und an die Verkehrswege der angrenzenden Länder angebunden werden. Öffentlicher und Individualverkehr sind bei diesen Investitionen gleichwertig zu berücksichtigen, denn nur zusammen bilden sie ein funktionierendes System.

Finanzen

- *Wir setzen uns für einen verantwortungsvollen Umgang mit Steuergeldern ein und sind gegen Steuererhöhungen*
- *Wir fordern eine vorausschauende Budgetplanung und die Reduktion der Staats- und Kantonsschulden.*

Tiefe Steuern und stabile finanzielle Rahmenbedingungen machen den Kanton St. Gallen als Wohn- und Wirtschaftsstandort attraktiv. Der Staat muss deshalb ebenso leistungsfähig wie schlank bleiben, um kurze Entscheidungswege zu ermöglichen und die administrativen Kosten tief zu halten. Der kantonale und nationale Standortwettbewerb erfordert es, dass Handlungsspielräume geschaffen werden, um auf neue Entwicklungen zu reagieren. Erforderlich sind Mittel, um gezielt zukunftsgerichtete politische Schwerpunkte zu setzen, namentlich in den Bereichen Bildung, Forschung, Verkehr, Umwelt und Sicherheit. Vor allem Familien sollen von Steuervergünstigungen profitieren können.

Durch vorausschauende Budgetplanungen und eine antizyklische Ausgabenpolitik muss es möglich sein, die öffentlichen Schulden nicht weiter zu erhöhen. Der Schuldenstand von Bund und Kanton ist zu Gunsten kommender Generationen weiterhin entschlossen zurückzuführen, denn Schulden von heute sind die Steuern von morgen.

Geld soll weiterhin als beschränkt vorhandenes Mittel gesehen werden, weshalb wir die Tendenz zur ungehinderten Verfügbarkeit von Krediten, insbesondere Klein- und Konsumkredite an Privatpersonen, kritisch sehen. Dies besonders angesichts der wachsenden Verschuldung der Bevölkerung.

Gesellschaft, Familie und Bildung

- *Wir fördern die aktive Gleichberechtigung von Mann und Frau in allen Lebensbereichen.*
- *Wir stehen zur traditionellen Familie, unterstützen aber genauso aktiv Alleinerziehende und Patchwork-Familien. Moderne Familienmodelle wollen wir genauso aktiv unterstützen wie Alleinerziehende und alternative Familienmodelle.*
- *Tagesstätten und Betreuungseinrichtungen sind notwendig, um den Familienunterhalt zu finanzieren und bieten berufstätigen Eltern die Möglichkeit, ihre Kraft und Erfahrung in der Wirtschaft einzusetzen.*
- *Wir unterstützen eine überdurchschnittlich gute Bildung auf allen Stufen.*

Die BDP SG steht hinter der Gleichberechtigung von Mann und Frau in allen Bereichen. Wir stehen hinter der traditionellen Familie, unterstützen aber genauso Alleinerziehende und Patchwork-Familien.

Wir unterstützen Väter, die mehr für die Kinder tun wollen, als es bis anhin
Gewohnheit war, ebenso Mütter, die mithelfen, den Familienunterhalt zu finanzieren
und die ihr Wissen und ihre Erfahrung wieder der Wirtschaft und dem Allgemeinwohl
zur Verfügung stellen wollen. Dafür soll eine ausreichende Anzahl und ein
praxisgerechtes Angebot von Tagesstätten und Betreuungseinrichtungen zur
Verfügung stehen. Eine gute Betreuung der Kinder erhöht zudem die
Chancengleichheit.

Die Bildung ist uns wichtig, ebenso die Chancengleichheit beim Zugang zu Bildung.
Wir sind klar für die Investition in Bildung, auf jeder Stufe, vom Kindergarten bis hin
zur Hoch- und Fachhochschule und wir unterstützen das duale Ausbildungsmodell,
das in der Schweiz Modellcharakter hat. Auch stehen wir hinter Harnos.

Für die Erziehung der Kinder sind primär deren Eltern zuständig. Schulen sollen
die Kinder fördern und fordern und zusammen mit Vereinen und öffentlichen
Einrichtungen ein aktives Sozialleben ermöglichen. Der Staat hat insbesondere
Eltern von Problemkindern und schwer erziehbaren Kindern die nötige Unterstützung
zu leisten, aber auch Eltern, die mit der Erziehung ihrer Kinder überfordert sind.
Eltern tragen Verantwortung für das Tun und Handeln von Kindern und Jugendlichen
auch ausserhalb des Elternhauses.

Gesundheitspolitik

- *Wir setzen uns ein für griffige Massnahmen, um das Kostenwachstum im
Gesundheitswesen in den Griff zu bekommen.*
- *Wir setzen uns ein für eine kantons- und länderübergreifende Spitalplanung
mit einer regionalen Grundversorgung durch Spitäler und Hausärzte.*
- *Wir setzen uns ein für Präventionsmassnahmen in den Bereichen der
Gesundheit und Gesundheitsvorsorge.*

Wir unterstützen Projekte zur Gesundheitsprävention und sprechen uns aus für ein
funktionierendes Spitalwesen in den Regionen des Kantons zu vertretbaren Kosten.
Um die Kosten möglichst gering zu halten, befürworten wir eine Kooperation, vor
allem im Bereich der Spitzenmedizin und der Rehabilitation, über die Kantons- und
Landesgrenzen hinweg. Regionale Allgemein-Spitäler und Gesundheitszentren zur
Allgemein- und Erstversorgung sind uns wichtig, der Kanton hat für eine
gleichmässige Abdeckung zu sorgen. Aber nicht jedes Spital muss mit
Spitzenmedizin aufwarten, spezielle Fachgebiete sollen auf wenige, eben darauf
spezialisierte Zentren konzentriert werden.

Die steigenden Gesundheitskosten müssen durch nachhaltige Massnahmen gesenkt
werden. Zusätzlich sollen wirksame Präventionsprogramme die Gesellschaft auf die
aktuell gewordenen Probleme (Beispiele wie Rauschtrinken bei Jugendlichen,
Drogenkonsum, Bewegungsarmut und Übergewicht) sensibilisieren.

Das Hausarztssystem soll weiter gefördert werden. Gerade die Hausärzte erzielen als
Erstversorger und Vertrauensperson auch präventive Wirkung und können durch

gezieltes Eingreifen Spitalaufenthalte vermeiden und damit zu tieferen Kosten beitragen.

Wir sind gegen einen generellen Zulassungsstopp für neue Arztpraxen. Dieser führt bereits jetzt zu einer weit verbreiteten Überalterung und einer ungesunden Ausdünnung gerade bei Spezialärzten und hindert junge Fachärzte daran, frühzeitig auf eigenen Beinen zu stehen. Wir befürworten einen gesunden Wettbewerb von selbständig praktizierenden Ärzten im Sinne von «mehr Markt» und weniger staatlicher Lenkung im Gesundheitswesen.

Untersuchungsergebnisse und Gesundheitsdaten, welche von Ärzten erhoben werden, müssen den Patienten frei und ohne Ausnahme zugänglich sein.

Landwirtschaft

- *Unsere Landwirtschaft verkörpert Qualität und Identität.*
- *Wir unterstützen eine nachhaltig produzierende Landwirtschaft.*
- *Die Landwirtschaft steht für mehr als die Produktion von Nahrungsmitteln, denn sie sorgt auch für die Erhaltung der Landschaft.*
- *Bauern sollen in einem verantwortbaren Mass auch finanziell unterstützt werden.*
- *Die unbürokratische Umnutzung landwirtschaftlicher Gebäude ist uns ein Anliegen.*

Die schweizerische Landwirtschaft versorgt die Bevölkerung mit gesunden und hochwertigen Nahrungsmitteln, welche tierfreundlich und ökologisch produziert werden. Sie leistet einen wichtigen Beitrag zur Ernährungssicherheit, zur dezentralen Besiedelung und sorgt für attraktive und gepflegte Kulturlandschaften als Trumpf für den Tourismus, aber auch zum Schutz vor Umweltschäden.

Die Produktion landwirtschaftlicher Güter erfolgt auch unter dem Aspekt der Wirtschaftlichkeit. Innovative Betriebsformen ermöglichen dies. Die ökologisch und dem Gemeinwohl dienenden Leistungen der Landwirtschaft sollen auch künftig in einem verantwortbaren Mass abgegolten werden, der Strukturwandel muss in einem sozial und betriebstechnisch vertretbaren Tempo erfolgen.

Einkommensausfälle aus internationalen Handelsabkommen sind abzufedern. Eine klare Deklaration der Lebensmittel schützt vor Täuschungen. Durch eine Reduktion der kostentreibenden Vorschriften ist die Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern. Der Erhalt des Kulturlandes als wichtige Produktionsgrundlage muss mit einer entsprechenden Raumplanungsgesetzgebung sichergestellt werden. Im Rahmen der Strukturreformen in der Landwirtschaft werden zukünftig viele Gebäude nicht mehr für die Produktion genutzt. Die Gesetzgebung ist dahingehend anzupassen, dass eine rasche, unbürokratische Umnutzung dieser Bausubstanz erreicht werden kann.

Sicherheitspolitik

- *Wir stehen zur Armee, ihrem Auftrag, und möchten ihr dafür die nötigen Mittel zur Verfügung stellen.*
- *Auslandeinsätze sollen auf freiwilliger Basis möglich sein.*
- *Im Innern sorgt eine gut ausgerüstete Polizei für die Sicherheit.*
- *Wir fordern die konsequente Anwendung der bestehenden Gesetze durch eine unabhängige Justiz.*

Die BDP SG steht hinter der Schweizer Armee als Milizarmee. Die Armee muss sich an aktuelle Gegebenheiten anpassen und die spezielle Lage der Schweiz als neutrales Land in ihre Entwicklung miteinbeziehen. Der Auftrag der Armee ist in der Verfassung verankert und dafür hat die Armee die notwendigen Mittel zu erhalten und muss auch in der Ostschweiz an den diversen Kasernen- und Truppenstandorten weiterhin vertreten sein.

Eine Milizarmee ist aber keine Polizei und soll im Inland auch keine Polizeiaufgaben übernehmen, sondern die Behörden in Krisensituationen subsidiär unterstützen. Auslandeinsätze sollen nach internationalen Richtlinien und den Grundsätzen unserer Neutralität auf freiwilliger Basis weiterhin möglich sein.

Im Innern soll die Polizei für Sicherheit sorgen. Eine unabhängige Justiz urteilt nachfolgend. Zur Verfügung stehende Strafmasse sind dabei den Schuldverhältnissen angemessen und im vollen Umfang anzuwenden. Das Wohl möglicher Opfer eines Verbrechens soll dabei berücksichtigt werden.

Strafen sollen der Abschreckung dienen und Straftaten verhindern. Wir sind deshalb gegen die Lockerung von Haftbedingungen und befürworten, dass alternative Strafmethoden nur in minderschweren Fällen angewendet werden. Da Straftäter immer jünger werden, ist das Jugendstrafrecht in schweren Fällen auszuweiten.

Wir sind uns der aktuellen Bedrohungen im Inland, etwa durch terroristische Akte bewusst und befürworten Massnahmen, diesen Bedrohungen entgegenzuwirken. Eine internationale Zusammenarbeit gegen den Terrorismus jeglicher Herkunft ist dabei unerlässlich. Den Überwachungsstaat mit einem „gläsernen Bürger“ lehnen wir aber ab.

Sport und Kultur

- *Wir wollen eine sichere und attraktive Infrastruktur für Sportler.*
- *Wir stehen ein für eine aktive Förderung der St. Galler Kultur und des Kulturaustausches in einem vertretbaren finanziellen Rahmen.*
- *Wir anerkennen die Zentrumsfunktion der Hauptstadt in Sachen Kultur, fordern aber auch, die Regionen angemessen zu berücksichtigen.*

Sport ist für viele nicht nur Freizeitgestaltung. Deshalb ist es wichtig, dass Amateure und Profis gleichermaßen eine Infrastruktur zur Verfügung haben, die sowohl eine sichere als auch attraktive Ausübung dieser Beschäftigung ermöglicht. Der Bedeutung sportlicher Aktivitäten in Fitness- und Gesundheitsprogrammen als wichtiger Teil der Gesundheit der Bürger ist eine hohe Beachtung zu schenken. Dies gilt auch für den Turn- und Schwimmunterricht an Schulen.

Wir anerkennen die Zentrumsfunktion der Hauptstadt St. Gallen, die mit ihren Kulturleistungen weit über Kantons- und Landesgrenzen hinaus wirkt und damit ein positives Bild unseres Kantons in der Nachbarschaft schafft. Diese Zentrumsfunktion soll auch finanziell nachhaltig gefördert werden.

Doch nicht nur die Hauptstadt darf profitieren, auch dezentrale Kultureinrichtungen verdienen Unterstützung. Nicht zuletzt sollen auch förderungswerte Initiativen, Projekte und bereits bestehende Angebote in einem vertretbaren Mass von kantonalen Fördermitteln profitieren können, um letztlich die Vielfalt des Kulturschaffens in unserem Kanton sichtbar zu machen.

Sozialwerke

- *Die Sozialwerke sind wichtige Pfeiler im Schweizerischen Versorgungssystem und ihnen ist entsprechend Sorge zu tragen.*
- *Einen Ausbau der Sozialwerke und deren Leistungen auf Kosten der Steuer- oder Beitragszahler lehnen wir ab.*

Das Drei-Säulen-System, welches sich grundsätzlich bewährt hat, wollen wir erhalten. Wir wollen schrittweise Anreize schaffen, über die Altersgrenze hinaus zu arbeiten. Negative Anreize für die Anstellung von älteren Arbeitnehmenden sollen beseitigt werden und mit flexiblen Lohn-, Arbeits- und Altersteilzeitmodellen wollen wir für entsprechende Reformen einstehen.

Bei der Finanzierung der AHV und des BVG ist eine weiter wachsende Lohnbelastung abzulehnen, weil dies die internationale Konkurrenzfähigkeit unserer Wirtschaft beeinträchtigt. Die Zahl der Rentenbezüger nimmt im Verhältnis zu den Erwerbstätigen zu. Der damit verbundene Mittelbedarf darf nicht einseitig auf die Erwerbstätigen abgewälzt werden. Das Instrument des Umwandlungssatzes in der zweiten Säule muss der Bevölkerung vermehrt erläutert und entsprechend der Entwicklung angewendet werden. Die BDP will alles daran setzen, um den Generationenvertrag einerseits und die Verteilung der Lasten auf Staat, Wirtschaft, Erwerbstätige sowie Senioren möglichst gerecht zu gestalten.

Letztlich sind die Sozialwerke finanziell so zu stabilisieren, dass auch künftige Generationen davon profitieren können. Die private Vorsorge dagegen muss mehr und nachhaltig gefördert werden.

Wirtschaftspolitik

- *Wir unterstützen unsere Wirtschaft und fördern gute Rahmenbedingungen und eine administrative sowie steuerliche Entlastung.*
- *KMU-Betriebe stellen den wichtigsten Teil der Wirtschaft dar und sind als bedeutende Arbeitgeber besonders förderungswert.*
- *Wir wollen initiativen Projekten und Jungunternehmen mit zukünftigen Arbeitsplätzen eine Chance bieten.*

Wir sprechen uns für eine starke Wirtschaft aus und unterstützen die Anstrengungen, welche die Unternehmen weiter fördern. Dazu braucht es Rahmenbedingungen, die für sie förderlich sind.

Das gilt auch für Steuerfragen. Wo Möglichkeiten zur Vereinfachung bestehen, soll das heutige System überdacht werden. Das gilt selbstredend nicht nur für Unternehmen, sondern auch für den einzelnen Bürger und Steuerzahler.

Auch KMUs, die einen grossen Teil der Arbeitgeber in unserem Land und Kanton darstellen, profitieren von Vereinfachungen. So sollen KMUs vor allem administrativ entlastet werden, damit sie die Chance erhalten, ihre Kernkompetenzen auszuleben und damit Wert zu schaffen. Weniger Bürokratie, kürzere und einfachere Wege, Vereinfachung der Administration auch für Kleinbetriebe sind uns ein Kernanliegen.

Wir fördern die Neugründung von Klein- und Kleinstunternehmen, sogenannten Start-ups. Dabei stehen nicht primär finanzielle Unterstützung, sondern vielmehr administrative Entlastung und Unterstützung als Idee auf dem Programm. Jungen Unternehmen soll die Möglichkeit geboten werden, sich ohne grossen finanziellen und administrativen Aufwand im Markt positionieren zu können.

Das Programm wurde verabschiedet vom Vorstand am 30. März 2009 und an der Mitgliederversammlung vom 28. Mai 2009 mit einer Änderung genehmigt.